

V Die arabischen Flüchtlinge

Dem Mitteilungsblatt der Presse-Abteilung Nr. 36 der Botschaft des Staates Israel vom 27. Oktober 1969 entnehmen wir, leicht gekürzt, den folgenden Beitrag.

Wenige Probleme auf der internationalen politischen Bühne sind so oft und so ergebnislos diskutiert worden wie das der arabischen Flüchtlinge.

Der Flüchtling ist kein neues Phänomen in der menschlichen Geschichte. In den letzten 50 Jahren sind 150 Millionen Menschen gegen ihren Willen aus ihrer Heimat gerissen und in die Rolle von Flüchtlingen gestoßen worden. Allein in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind durch territoriale Aufteilungen und Verschiebungen viele Millionen zu Flüchtlingen geworden. Die Schaffung der Staaten Indien und Pakistan hat 15 Millionen zu Flüchtlingen gemacht; 400 000 Karelrier sind von Finnland aufgenommen worden. Mehr als drei Millionen Sudetendeutsche, die aus der Tschechoslowakei geflüchtet waren, wurden absorbiert; die Bundesrepublik hat 9 Millionen Flüchtlinge von jenseits der Mauer und des Eisernen Vorhanges aufgenommen; auch die Türkei, Griechenland, Korea und Österreich haben starke Zuflüsse von Menschen aufgenommen. In vielen dieser Länder – wenige davon waren wohlhabend – sind die Flüchtlinge ohne äußere Hilfe angesiedelt und eingegliedert worden.

Nicht alle dabei gefundenen Lösungen waren völlig zufriedenstellend, und das Maß menschlichen Leides, von dem sie begleitet waren, darf nicht verkleinert werden; aber den Betroffenen ist zumindest die Möglichkeit eines neuen Starts ins Leben gegeben worden, wie schwierig die Umstände auch gewesen sein mögen.

Nur im Fall der arabischen Palästina-Flüchtlinge ist kein Fortschritt erreicht worden – trotz der relativ geringen Zahl der Betroffenen¹. Um die gegenwärtige Situation und ihre mögliche Lösung zu verstehen, ist es zweckmäßig, einiges von den Hintergründen darzulegen und einiges von der verschlungenen Geschichte der letzten zwanzig Jahre zu entwirren.

Der Hintergrund

Am 29. November 1947 nahm die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine EntschlieÙung an, die die Teilung des britischen Mandatsgebietes in Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Staat deklarierte². Am folgenden Morgen kündigte die Arabische Liga ihren Plan für „die Besetzung Palästinas durch die Armeen der Mitgliederstaaten der Arabischen Liga und die gewaltsame Verhinderung der Errichtung eines jüdischen Staates“ an.

Am 10. April 1948 berichtete die Palästina-Kommission der UNO an den Sicherheitsrat, daß „bewaffnete arabische Banden aus den benachbarten Araberstaaten in das Territorium von Palästina eingedrungen sind und zusammen mit lokalen arabischen Kräften die Durchführung des Teilungsplanes durch Gewaltakte zu vereiteln suchen“.

Die Verantwortung für die Eröffnung der Feindseligkeiten ist von den arabischen Staaten niemals bestritten

worden. Jamal Husseini, der Beauftragte des Arabischen Palästina-Ausschusses (Palestine Arab Higher Committee), erklärte dem Sicherheitsrat am 23. April 1948: „Wir haben niemals die Tatsache verheimlicht, daß wir den Kampf begannen.“

Örtlichen Scharmützeln folgte am 15. Mai 1948 die umfassende Invasion Israels durch die regulären Streitkräfte Ägyptens, Jordaniens, Syriens, des Libanon und des Irak mit Unterstützung von Kontingenten aus Saudi-Arabien und dem Jemen. Am selben Tage despeschierte der ägyptische Außenminister an den Sicherheitsrat: „Die königliche ägyptische Regierung erklärt, daß ... ägyptische Streitkräfte damit begonnen haben, in Palästina einzurücken.“

So wurden die Begebenheiten ausgelöst, die in der Folge zum arabischen Flüchtlingsproblem führten.

Warum sie flohen

Der Auszug von Hunderttausenden von Arabern, der nach der EntschlieÙung der Vereinten Nationen im November 1947 begonnen hatte, nahm mit dem Beginn der Invasion im Mai 1948 größere AusmaÙe an.

Die pure Angst, in die Gefechtsfronten hineinzugeraten, war wahrscheinlich ein Hauptbeweggrund – besonders, da die Flüchtlinge annahmen, daß der Auszug nur von kurzer Dauer sein und daß ihm die Rückkehr auf den Fahrzeugen der siegreichen arabischen Armeen folgen werde.

Sie waren ohne Zweifel auch empfänglich für die Erklärungen wie die von Assam Pascha, dem Generalsekretär der Arabischen Liga, der am 14. Mai die arabische Absicht ankündigte, „einen Krieg der Vernichtung und gewaltiger Massaker zu führen, von dem man später sprechen wird wie von den Massakern der Mongolen und der Kreuzzüge“. Im Hinblick auf ihre eigenen Moralvorstellungen ist es kaum überraschend, daß die Araber in Israel eine ähnliche Behandlung auch von seiten der Israelis befürchteten.

Die Dokumente lassen auch keinen Zweifel, daß der Auszug von den Führern der Araber ermutigt worden ist.

Am 6. September 1948 veröffentlichte der Beiruter „Telegraph“ ein Interview mit Emile Ghoury, dem Sekretär des Arabischen Palästina-Ausschusses, in dem er erklärte: „Die Tatsache, daß es diese Flüchtlinge gibt, ist die direkte Folge der Opposition der arabischen Staaten gegen die Teilung und den jüdischen Staat.“

Noch deutlicher schrieb die jordanische Tageszeitung „Falastin“ am 19. Februar 1949: „Die arabischen Staaten, die die Palästina-Araber ermutigten, vorübergehend ihre Heimstätten zu verlassen, um den arabischen Invasionsarmeen nicht im Wege zu stehen, haben es verabsäumt, ihre Versprechungen auf Hilfe für diese Flüchtlinge einzuhalten.“

Noch am 12. Oktober 1963 stellte die Kairoer Tageszeitung „Akhbar el Yom“ fest: „Der 15. Mai 1948 brach an ... An genau diesem Tage rief der Mufti von Jerusalem die Araber in Palästina auf, das Land zu verlassen, da die arabischen Armeen im Begriffe seien, einzurücken und an ihrer Stelle den Kampf aufzunehmen ...“

Die Bemühungen der jüdischen Behörden und Institutionen, die Flucht der Araber zu verhindern, sind belegt

¹ E. Rees: Die arabischen Flüchtlinge müssen im Nahen Osten angesiedelt werden. In: FR X/37/40, 1957, S. 39. – (Sämtliche Anmerkungen dieses Beitrags von der Red. d. FR.)

² A. M. Goldberg: Chronik der Ereignisse im Nahen Osten, a. a. O. S. 40 ff. (mit Karte S. 52).

durch einen britischen Polizeibericht aus Haifa an das Hauptkommando der Polizei in Jerusalem vom 26. April 1948: „Von den Juden sind alle Anstrengungen gemacht worden, um die arabische Bevölkerung zum Bleiben zu überreden, ihre Läden und Handwerksbetriebe offenzuhalten und um sie zu überzeugen, daß ihr Leben und ihre Interessen sichergestellt werden!“

Am 27. April weigerte sich das Arabische National-Komitee in Haifa, ein Waffenruheabkommen zu unterzeichnen, wobei es in einem Memorandum an die Regierungen der Arabischen Liga berichtete: „Als die Delegation den Konferenzraum betrat, weigerte sie sich stolz, die Waffenruhe zu unterzeichnen, und forderte, daß die arabische Bevölkerung evakuiert und daß ihre Überführung in die arabischen Nachbarländer erleichtert werde . . . Die militärischen und zivilen Behörden sowie die jüdischen Vertreter drückten ihr tiefes Bedauern aus. Der Bürgermeister von Haifa, Shabtai Levi, vertagte das Treffen mit einem leidenschaftlichen Appell an die arabische Bevölkerung, diesen Beschluß noch einmal zu überdenken.“

Wie viele Flüchtlinge?

Die Schätzungen über die Anzahl der betroffenen Flüchtlinge schwanken zwischen einer halben Million und 1,3 Millionen; die Zahlen hängen davon ab, wer die Statistik zusammengestellt hat. Genaue Zahlen sind niemals verfügbar gewesen, da die Bemühungen um einen Zensus oder eine Übersicht von den arabischen Regierungen stets verhindert worden sind.

Von Anfang an ist die UNRWA (Organisation der UNO zur Betreuung der Palästinaflüchtlinge) außerstande gewesen, zwischen echten Flüchtlingen und solchen zu unterscheiden, die nur in den Genuß der Hilfsmaßnahmen kommen wollten. Für diese letztere Gruppe gab es immer genügend Kandidaten: einheimische Arbeitslose, verarmte eingeborene Bevölkerung und nomadisierende Beduinen. Nach den UNRWA-Berichten (September 1962) waren die „Hilfsstellen mit dem Problem falscher und doppelter Eintragungen seit dem Beginn ihrer Tätigkeit konfrontiert“.

Im Juni 1966 gab die UNRWA die Zahlen mit 1 317 749 an und betonte, daß „diese Statistiken auf den Erfassungunterlagen der UNRWA beruhen und nicht notwendigerweise die tatsächliche Zahl der Flüchtlingsbevölkerung angeben, da Faktoren wie die hohe Zahl der nicht gemeldeten Todesfälle und unerkannte falsche Eintragungen eine Rolle spielen“.³

Die statistischen Widersprüche führten nach einem Bericht der UNRWA dazu, daß der Anteil derjenigen, die nicht berechtigt sind, Flüchtlingsrationen zu empfangen, in einigen der Staaten bis zu einem Drittel oder gar der Hälfte gehen kann (89th Hearing, Foreign Assistance Act von 1965, Seite 192).

1949 gab die wirtschaftliche Prüfungsgruppe (Economic Survey Mission), die vom Versöhnungsausschuß (Conciliation Commission) der UNO gebildet worden war, die Zahl der arabischen Flüchtlinge mit 726 000 an; andere Schätzungen lagen zwischen 500 000 und 600 000.

Dr. Walter Pinner zeigt in seinem neuen Buch „Die Legende der arabischen Flüchtlinge“, daß die Zahl der Flüchtlinge nach der offiziellen Definition der UNO gegenwärtig nicht mehr beträgt als 50 000 im Libanon, 75 000 in den besetzten Gebieten und in Transjordanien,

125 000 im Gaza-Streifen und 2000 in Syrien. Die Differenz zwischen diesen Zahlen und den UNRWA-Statistiken erklärt sich aus den 484 000 selbsternannten Flüchtlingen, 15 000 Dorfbewohnern aus der Nachbarschaft der nunmehr nicht mehr bestehenden israelisch-jordanischen Waffenstillstandslinien (117 000 nicht registrierten Todesfällen, 109 000 ehemaligen Flüchtlingen, die 1948 wieder angesiedelt wurden, sowie 225 000 ehemaligen Flüchtlingen, die seit 1948 für ihren Unterhalt selbst aufkommen können).

Die Rolle der UNRWA

Die Aufblähung der Flüchtlingszahlen war offensichtlich für die arabischen Regierungen von Nutzen. Neben deren Ausbeutung für politische und Propagandazwecke haben die Flüchtlinge auch eine beachtliche Einkommensquelle dargestellt: Der Jahresetat der UNRWA übersteigt 140 Millionen Mark, und bis zum heutigen Tag sind über zwei Milliarden Mark von der UNO für diese Hilfsaktion ausgegeben worden. In den Anfangszeiten wurden von der UNRWA Versuche unternommen, permanente Flüchtlingsiedlungen anzulegen. 1950 begann sie, Flüchtlinge aus dem Gaza-Streifen nach Libyen zu überführen, wo 150 000 von ihnen hätten eingegliedert werden können; dies wurde jedoch von der ägyptischen Regierung blockiert. 1951 kamen die Ägypter mit der UNRWA überein, 70 000 Flüchtlinge zum Zwecke der Wiederansiedlung aus dem Gaza-Streifen in das Sinai-Gebiet zu überführen, zogen jedoch später ihre Zustimmung zurück. 1952 bis 1954 verhandelte die UNRWA mit der syrischen Regierung über die Ansiedlungsmöglichkeiten von 85 000 Flüchtlingen, wofür internationale Geldmittel aufgebracht werden sollten, aber in der Schlußphase der Verhandlung verweigerten die Syrer ihre Mitarbeit.

1955 meldete die UNRWA, daß wegen der Obstruktion und dem Mangel an Zusammenarbeit von seiten der arabischen Regierungen der Wiederansiedlungsfonds von 200 Millionen Dollar, der seit 1952 geschaffen worden war, um Unterkünfte und Arbeitsplätze zu schaffen, noch unangetastet sei. Ein Plan des Generalsekretärs der UNO, Dag Hammarskjöld, aus dem Jahre 1959 (und derjenige von Präsident Eisenhower, der auf ihm fußte) wurde ebenfalls von den Arabern zurückgewiesen, obwohl diese Pläne die Flüchtlinge als einen wichtigen menschlichen Faktor für die Entwicklung der gesamten Region einsetzen wollten . . .

Die Flüchtlinge von 1967

Der Krieg vom Juni 1967 löste einen weiteren Auszug aus, darunter wiederum Flüchtlinge. Ägypten evakuierte vom Westufer des Suezkanals 350 000 Zivilisten. Die Syrer zogen ihre Armee von den Golan-Höhen zurück, wo hauptsächlich Soldaten und ihre Familien gelebt hatten⁴.

Diejenigen, die tatsächlich Flüchtlinge genannt werden können, flohen aus den ehemaligen transjordanischen Gebieten westlich des Jordans, wenn auch der hauptsächlich Auszug nicht in den drei Tagen des dort stattgefundenen Kampfes erfolgte, sondern erst in den folgenden Monaten.

Die Gründe für die Flucht waren zahlreich und verschiedenartig. Die Mehrheit derjenigen, die den Jordan überschritten, kamen aus den Flüchtlingslagern und glaubten ohne Zweifel, daß sie weiterhin an den Hilfsaktionen

³ Vgl. FR XIX/1967, S. 59 f.

⁴ Vgl. FR XIX/1967, S. 58 ff.

der UNRWA teilhaben könnten, wenn sie sich auf der anderen Seite befänden, wogegen sie diese verlieren würden, wenn sie blieben – eine Befürchtung, die sich als völlig unbegründet herausstellte.

Einige von denen, die flohen, wünschten unter jordanischer Herrschaft zu verbleiben und in einem arabischen Lande zu leben. Zu ihnen gesellten sich ehemalige jordanische Soldaten, Regierungspersonal, Zivilbeamte und solche, die in Unternehmen tätig waren, die ihre Zentralen in Amman haben. Ein Hauptfaktor war zweifellos wirtschaftlicher Art: Tausende der Bewohner der Gebiete westlich des Jordans, darunter viele Flüchtlinge, lebten von den monatlichen Geldsendungen von Angehörigen, die in Kuwait und anderen arabischen Staaten arbeiten – Beträge, die insgesamt 200 Millionen Mark pro Jahr übersteigen. Wegen der arabischen Boykottmaßnahmen konnten diese Geldsendungen nicht nach Israel überwiesen werden...

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht möglich, zu verstehen, warum nur 14 000 Flüchtlinge in die besetzten Gebiete zurückgekehrt sind, obwohl 21 000 Anträge (70 % der gestellten Anträge) auf Rückkehr von der israelischen Regierung genehmigt worden waren. Gegenwärtig ist eine Maßnahme in Kraft, die ihre Rückkehr „aus menschlichen Gründen“ oder zum Zwecke der Familienvereinigung ermöglicht.

Die Verwaltung in den neuen Gebieten

Vor dem Juni-Krieg unterschied sich die Situation in den Gebieten westlich des Jordans radikal von derjenigen im Gaza-Streifen. Die Flüchtlinge westlich des Jordans besaßen die jordanische Staatsbürgerschaft (Jordanien war die einzige arabische Regierung, die dies ermöglichte); viele von ihnen hatten in UNRWA-Schulen eine Berufsausbildung erhalten, und die meisten hatten in den Städten eine Beschäftigung. Nur ein Drittel davon blieb in den Flüchtlingslagern, und auch von diesen erhielten viele Geldsendungen von Familienangehörigen aus anderen Ländern.

Im Gaza-Streifen verblieb die Mehrheit der Flüchtlinge in den Lagern. Die ägyptische Regierung verweigerte ihnen die ägyptische Staatsbürgerschaft, und sie befanden sich im Zustand chronischer Arbeitslosigkeit; viele von ihnen konnten ein regelmäßiges Einkommen nur als Mitglieder der „Palästinensischen Befreiungsarmee“ beziehen.

Nach dem Ende des Juni-Krieges 1967 wurden Anstrengungen unternommen, das Leben der Flüchtlinge und der entwurzelten „Nichtflüchtlinge“ zu normalisieren. Die Hilfsquellen der UNRWA wurden wieder geöffnet und ihre Programme der Nahrungsmittelhilfe von israelischen Stellen übernommen. Medizinische Hilfe, Kleidung, Zelte und Decken wurden und werden auch weiterhin ausgegeben – ihre Kosten betragen ungefähr 9 Millionen israelische Pfund pro Jahr. 1200 Wohnungen werden für sie von der israelischen Regierung gebaut. Eine Million israelische Pfund wurden an den UNRWA-Notfonds überwiesen und weitere Geldmittel ihrem Berufsausbildungsprogramm zugeführt.

Die langfristige Eingliederung von Flüchtlingen stellt ein grundsätzliches Problem. Soweit es um die Gebiete westlich des Jordans geht, herrscht die Überzeugung, daß keine besonderen Siedlungsprojekte notwendig sind, da alle Familienernährer beschäftigt oder teilweise beschäftigt sind (der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit liegt wieder beim Vorkriegsstand von 8 % der Berufstätigen). Etwa 25 Millionen israelische Pfund sind vorgesehen für Pro-

jekte wie Straßenbau, Bodenverbesserung, Aufforstung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Ankurbelung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit, was wiederum dazu beitragen wird, die vollständige Eingliederung der Flüchtlinge zu erleichtern.

Anders und schwieriger ist die Lage im Gaza-Streifen. Dieses Gebiet ist nicht imstande, eine Bevölkerung des gegenwärtigen Umfanges auf der Grundlage einer Agrarwirtschaft zu ernähren. Die Flüchtlinge in andere Gebiete – außerhalb des israelischen Vorkriegsterritoriums – umzusiedeln, würde eine Menge politischer und sozialer Probleme mit sich bringen. Es ist möglich, daß die Errichtung von Industrien eine Lösung herbeiführen könnte. Unter jordanischer Herrschaft war die industrielle Entwicklung auf dem Ostufer des Jordans konzentriert, während für die westlichen Gebiete nur die Landwirtschaft verblieb. Bald nach dem Kriege wurde hier den Bauern erlaubt, den Fluß zu überschreiten, um ihre Produkte auf ihren traditionellen Märkten in Amman und den Ostufergebieten zu verkaufen. Allen Bewohnern – Flüchtlingen und anderen – steht es frei, nach Amman zu reisen, sei es, um Verwandte zu besuchen oder um Geschäfte abzuwickeln. Dasselbe gilt für die Bewohner des Gaza-Streifens, die nunmehr auf das jordanische Ostufer, in die Gebiete westlich des Jordans oder nach Israel selbst reisen dürfen, entweder zum Zwecke des Familienbesuchs oder um eine Beschäftigung zu suchen. Unter der ägyptischen Besetzung waren Reisen außerhalb des Gaza-Streifens nicht erlaubt.

Die Zukunft

Jede Diskussion einer schließlichen Lösung des Flüchtlingsproblems muß den Bevölkerungsaustausch, der bereits stattgefunden hat, in Betracht ziehen. Das Leid der arabischen Flüchtlinge ist seit Jahrzehnten ein internationales Problem gewesen; jedoch hat man nur wenig von den 600 000 jüdischen Flüchtlingen aus den arabischen Ländern gehört⁵.

1948, 1956 und 1967 waren im Zusammenhang mit den bewaffneten Konflikten mit Israel die jüdischen Einwohner aller arabischen Staaten Verfolgungen und Gewalttaten ausgesetzt. Ungefähr 600 000 Juden aus diesen Staaten, die vor dem Terror flohen, erreichten Israel in einem Zustand äußerster Not; alle persönlichen Habseligkeiten waren ihnen abgenommen worden, und sie mußten ohne die Hilfe einer internationalen Institution angesiedelt werden⁶. Bis heute gibt es nicht den geringsten Hinweis darauf, daß die Vermögenswerte, die sie gezwungen waren, zurückzulassen, ihnen ausgehändigt werden sollen, obwohl Israel alle Bankguthaben derjenigen Araber, die Palästina verlassen haben, freigegeben hat; sie sind ihnen im Ausland in Devisen ausgezahlt worden.

Wenn man das in Betracht zieht, dann gibt es keine vernünftige Begründung dafür, daß das Flüchtlingsproblem weiterhin unlösbar sein sollte. Alle notwendigen Voraussetzungen sind vorhanden oder können geschaffen werden – nur die Entschlossenheit dafür fehlt. Es sollte offenkundig sein, daß eine schließliche Lösung nur im Rahmen eines Friedens für die ganze Region gefunden werden kann, denn dann – nur dann – kann es eine Entwicklung von politischen Beziehungen, regionaler Zusammenarbeit und der Fruchtbarmachung der natürlichen Bodenschätze

⁵ Vgl. FR XX/1968, S. 43, Anm. 3. – s. o. S. 28.

⁶ Vgl. K. R. Grossmann: Die arabischen Flüchtlinge. In FR V/19/20 (1953). S. 15. – Araber in Israel, a. a. O. S. 17. – E. Rees: Die arabischen Flüchtlinge müssen im Nahen Osten angesiedelt werden; s. o. S. 41, Anm. 1.

geben, die für jede dauerhafte Lösung wesentlich erscheint . . .

Israel hat als eine konstruktive Maßnahme seine Bereitschaft unterstrichen, an einer Konferenz mit den arabischen Staaten, den zuständigen Organisationen der UNO sowie mit jenen Staaten teilzunehmen, die zu der Flüchtlingshilfe beitragen, um eine praktische Lösung des Problems der arabischen Flüchtlinge zu diskutieren. Israel hat vorgeschlagen, daß ein Fünfjahresplan für die Ansiedlung der Flüchtlinge und ihre Eingliederung in die regio-

nale Wirtschaft in Gang gebracht wird⁷. Israel würde zu einem Fonds beitragen, der die Mittel für Unterbringung, Berufsausbildung, Wiederansiedlung, wirtschaftliche Eingliederung und Entschädigung für zurückgelassenes Eigentum zur Verfügung stellen könnte. Solche Konsultationen und die Inangasetzung eines Fünfjahresplans für Flüchtlinge könnte einen wesentlichen Beitrag für eine endgültige Friedensregelung im Nahen Osten darstellen.

⁷ S. o. S. 52, Anm. 7a.

VI Israel und neue Linke¹

Von Pfarrer Martin Stöhr, Leiter der Evangelischen Akademie Arnoldshain

Die folgende Darlegung knüpft an die Tendenz der neuen Linken zu Israels an, die sich in Beirut im Mai 1968 bereits abgezeichnet hat². Pfarrer Stöhr geht u. a. auch ein auf die „fatale Ähnlichkeit zwischen der traditionellen christlichen Judenfeindschaft und dem traditionellen sozialistischen Antizionismus“. (Vgl. u. S. 74 f.)

Ein Teil der neuen Linken wehrt sich dagegen, daß man ihren Antizionismus und ihre Kritik am Staat Israel als Antisemitismus bezeichnet. Diese Abwehr ist *nur* berechtigt, wenn man unter Antisemitismus das Konglomerat antisemitischer Vorurteile sieht, das die deutschen Faschisten propagierten und praktizierten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß der faschistische Antisemitismus nahtlos an einen breiten Strom des Antisemitismus seit der Antike anknüpfen konnte. An diesem latenten und oft genug sich tödlich manifestierenden Strom haben auch die islamischen Staaten ihren Anteil. Nur eine romantisierende Stilisierung kann von einer immer friedlichen jüdisch-arabischen Koexistenz sprechen. So singulär der deutsche Faschismus und sein Mord an den Juden ist, ebenso stark aber zeigt er, wie vorhandene Vorurteile, Feindprojektionen, verweigertes Existenzrecht, ökonomisches Gefälle zwischen verschiedenen Gesellschaften, Spielen mit militärischer (realer oder eingebildeter) Stärke zur Vernichtung eines Volkes führen kann. Wer nicht klipp und klar für ein staatliches Existenzrecht Israels, anerkannt durch seine Nachbarn, eintritt, macht sich der Vorbereitung eines neuen Krieges mitschuldig. Dessen objektive Gründe liegen in der verweigerten Anerkennung eines Drei-Millionen-Staates durch seine 100 Millionen arabischer Nachbarn und deren Staaten. Eine Verschärfung dieses Krieges droht immer dadurch, daß beide Seiten nicht ohne Hilfe durch die westlichen und östlichen Großmächte leben können. Da die Interessen z. B. der Sowjetunion nicht mit denen der Araber identisch sind und die der USA nicht mit denen Israels, wird Gerechtigkeit, Frieden und Unabhängigkeit für alle in Nahost erst möglich sein, wenn die dort lebenden Völker den Einfluß der Großmächte möglichst gering halten. Das setzt aber voraus, daß man von arabischer Seite den Staat Israel anerkennt, also verhandelt und nicht mehr mit der Vernichtung des jüdischen Staates droht. Wer sagt: „Kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel“ (Nasser auf dem arabischen Gipfeltreffen in Khartoum, 1. 9. 1967 [sowie seine Rede vom 6. 11. 1969 in Kairo, s. o. S. 35, Anm. 1], bereitet objektiv Krieg vor, auch wenn er ihn nicht will.

¹ Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und der Schriftleitung entnommen aus „Emuna“ (IV/4). August 1969. S. 276 ff.

² Vgl. FR XX/1968. S. 58 ff.

Die Alternative zur Nichtanerkennung und zu Nicht-Verhandlungen bedeutet Krieg (oder ein Diktat zum Frieden durch die Großmächte, das den Krieg nur zeitweise vertagt). Über Grenzen, über die Lösung des Problems der Flüchtlinge (die bisher zu Objekten einer die wahren Interessen dieser Flüchtlinge geradezu verratenden Politik durch die arabischen Regierungen instrumentalisiert wurden) war und ist Israel bereit zu sprechen. Wer das leugnet, indem er Israel Rassismus, Chauvinismus, Imperialismus als angebliche Konsequenzen des Zionismus vorwirft, verschleiert die wahren Ursachen. Wer Kritik an israelischer Besatzungspolitik, an Vergeltungsaktionen, an der Annahme von militärischer Hilfe übt – was man kann –, der darf nicht übersehen, daß die Ursachen dieser Kritik zu beheben sind: durch Friedensverhandlungen Israels mit seinen arabischen Nachbarn.

Es ist Zynismus oder Verblendung zu behaupten, 2,5 Millionen Juden bedrohten die 100 Millionen Araber. Wer sagt, die Drohungen, den Staat Israel zu vernichten und die Juden ins Meer zu werfen (vgl. die massenhaft dokumentierbaren Bilder und Publikationen), seien angesichts der arabischen Volksmentalität nicht so ernst gemeint, der denkt elitär über die arabischen Volksmassen, um deren Gerechtigkeit und Freiheit es doch auch gehen soll, der degradiert sie zu Akklamationsmarionetten, die nicht sehen dürfen, wie ihre eigenen Interessen (z. B. Anteil am Ölreichtum und an der Industrialisierung, Bildungschancen, Informations- und Koalitionsfreiheit) durch Ablenkung auf einen äußeren Feind schmählich verraten werden. Wer die Volksbefreiungsbewegungen Palästinas dem legitimen Kampf der algerischen oder vietnamesischen Freiheitsfront gleichsetzt, hat sie damit noch nicht gerechtfertigt. Historische Parallelen sind keine politischen oder moralischen Sachargumente. Eine palästinensische Freiheitsfront hätte darzulegen, daß ihre Mittel (Gewalt und Terror) dem Zweck (Unabhängigkeit und Frieden der im Nahen Osten lebenden Völker und eine menschenwürdige Existenz der Flüchtlinge) wirklich dienen. Das ist nicht der Fall. Die Vernichtungspropaganda gegenüber Israel ist nicht gestoppt, für die Flüchtlinge wird nichts getan, Israel wird zum Sündenbock aller innenpolitischen Schwierigkeiten und zum notwendigen Kitt der arabischen Einheit. Andere Mittel – Verhandlungen und Anerkennung – sind zur Erreichung der genannten humanen Ziele tauglicher. Es gibt genügend Gesprächspartner in Israel, wenn man nur bereit ist, von der Feindprojektion eines zionistischen Imperialismus und der illusionären Zweck-Mittel-Relation abzugehen.